

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

27.6.1928 (No. 148)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Knecht, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14  
Karl-Friedrich-Str. 14

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche. Die Zeitung vertritt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Die „schwarze Gefahr“ in Südafrika

Aus Johannesburg wird uns geschrieben: Die Eingeborenen in Südafrika bereiten der Regierung immer größere Sorge und die Lösung des Problems, dem man damit gegenübersteht, scheint schwieriger zu werden. Aus diesem Grunde wird offenbar die Eingeborenenorganisation, über die schon lange beraten wird, weiter hinausgeschoben, denn nach einer Besprechung, die zwischen den Generalen Botha und Smuts stattgefunden hat, verlautet, daß die Vorlage dem neuen Parlament vorbehalten bleiben soll. Im Eingeborenenviertel von Bloemfontein hat der Sekretär der Internationalen Arbeiterunion der Farbigen, Clemens Madala, vor 2000 Kaffern eine Rede gehalten, in der er die Eingeborenen zum Verlassen ihrer Pässe und zum Widerstand gegen die Passvorschriften aufforderte. Diese Ausführungen haben in den weitesten Kreisen den Eindruck erweckt, daß dabei Moskauer Agenten ihre Hände im Spiele gehabt haben müßten und daß ihr Ziel darauf gerichtet gewesen sei, die soziale Ordnung in Südafrika zu untergraben. Es wurde in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß einer der Redner der Eingeborenen die „Erkennungschancen des Proletariats in Rußland“ den Kaffern vor Augen zu führen versucht habe. In der Öffentlichkeit wurde deshalb betont, daß sich der Einfluß bolschewistischer Sendlinge unter den Eingeborenen Südafrikas nicht mehr verbergen lasse. Das friedliche Zusammenleben zwischen den Weißen und den Schwarzen wird durch die kommunistische Agitation unter den Kaffern, ebenso wie durch die Propagandachriften Marcus Garveys, die unter den Eingeborenen von Hand zu Hand gehen, stark bedroht. Garvey ist der Negert, der sich den Titel eines „Kaisers von Afrika“ beigelegt hat und der in den Vereinigten Staaten ins Gefängnis wandern mußte, weil er beschuldigt wurde unter betrüblichen Vorbedingungen von den Schwarzen in Amerika Gelder gesammelt zu haben, um sie auf einem eigenen Schiffe in sein afrikanisches Reich zu führen. Die Presse aller Richtungen hat sich in letzter Zeit wiederholt mit der „schwarzen Gefahr“ beschäftigt und zum Teil der Regierung zu große Nachgiebigkeit vorgeworfen, ohne jedoch praktische und durchführbare Mittel zur Abhilfe vorschlagen zu können.

### Die Programmrede auf dem demokratischen Nationalkongress

Auf dem demokratischen Nationalkongress in Houston (Texas) hielt der vork. Vork. Claude Bowers die Programmrede, in der er ausführte, die Demokratie habe zu einem Ausrottungskrieg gegen „Bürokratie und Plünderung“ und gegen Autokratie und Bürokratie mobilisiert. Wir marschieren — so sagte Bowers — gegen die Zentralisation, die die Freiheit des Volkes bedroht. Wir kämpfen für die Ehre der Nation, die durch die unverschämteste und schamloseste Korruptionssorgie befudelt worden ist. Bowers griff die Tarifpolitik und Subsidienpolitik der beiden letzten republikanischen Regierungen an, die jetzt hoffen, das Gewissen der Nation mit dem Schlaftrunk einer vorgetäuschten Prosperität zu betäuben. Die 4 Millionen Arbeitslosen, die Millionen verlassener Farmen, der Bankrott von 4000 Banken und 23 146 Handelsfirmen in den sieben Jahren der republikanischen Herrschaft bedeuteten jedoch alles andere als Prosperität. Wir beabsichtigen — so erklärte Bowers — der Dollarpolitik im Lateinamerika im Interesse der Gerechtigkeit und auch im Interesse des amerikanischen Handels ein Ende zu machen. Mit unserer derzeitigen Politik säen wir in Lateinamerika eine Saat, von der unsere überheblichen Handelsrivalen ernten werden. Wir können unsere Marineoffiziere, die unsere südländischen Nachbarn mit der Pistole bewaffnet aufsuchen, nicht gegen die englischen oder deutschen Reisenden ausspielen, die ihnen mit einem Lächeln entgegenkommen. Die Republikaner schützten lediglich die Großunternehmer, während die Demokraten sich des kleinen Geschäftsmannes und Farmers annähmen. In diesem Zusammenhang richtete Bowers besonders heftige Angriffe gegen Schatzsekretär Mellon, den er als den „Pittsbürger Bratiansu“ bezeichnete, der aus amerikanischen Farmern rumänische Bauern machen wolle, um die Klassen einer geldstolzen Klasse zu füllen. Demgegenüber lehnte die demokratische Partei zu den alten Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit zurück.

Die eltsässische Bewegung. Das „Petit Journal“ berichtet aus Straßburg, daß der in Colmar in Haft befindliche eltsässische Abg. Hoffe einen neuen Antrag auf vorläufige Freilassung gestellt hat. Die Eltsässische Volkvereinigung hat für kommenden Sonntag in Straßburg eine außerordentliche Generalversammlung sämtlicher Parteidelegierten der Departements Ober- und Unterelbs einberufen. Abbe Haegy wird über die Lage berichten und gleichzeitig auch über seine Reise nach Paris Rechenschaft ablegen. Die Partei soll dann ihre Haltung bestimmen.

Die belgischen Arbeiter sind entschlossen, die Streikbewegung im Hafen von Antwerpen mit allen Mitteln zu bekämpfen. Der Verkehr soll durch internationale Abmachungen für die Dauer des Streiks von Antwerpen abgelenkt werden.

### Letzte Nachrichten

#### Neue Verzögerungen in der Kabinettsbildung

M. Berlin, 27. Juni (Priv.-Tel.) Dem Zentrum ist die Aufgabe gestellt, den Ausweg aus der Krise zu schaffen. Leicht ist das nicht, denn Dr. Wirth hat entgegen der Meinung eines Berliner Blattes nicht von sich aus auf die Vizekanzlerfrage verzichtet, sondern mußte dazu erst gebrängt werden. Die Frage, wer das Reichsarbeitsministerium erhält, ist zur Mittagsstunde immer noch nicht geklärt. Im Zentrum besteht wenig Lust, das Reichsarbeitsministerium weiter zu behalten, weil die christlichen Gewerkschaften seit langem darauf gebrängt haben, die Verantwortung für dieses Ressort abzugeben. In Frage kommt dafür der Sozialdemokrat Robert Schmidt, der dieses Amt schon einmal betretten hat. Frei ist auch immer noch das Justizministerium. Der Ministerposten hierfür ist Prof. Dr. Kadbruch an der Heidelberger Universität angeboten worden. Eine Zusage von ihm liegt noch nicht vor. Sollte er aber ablehnen, so würde Koch-Weser noch einmal von Hermann Müller dieses Amt angeboten werden.

B3. Berlin, 27. Juni (Tel.) Durch Vermittelung von Dr. Brauns und Dr. Hilferding verfuhr Hermann Müller im Laufe des Vormittags noch einmal auf Dr. Wirth dahin zu wirken, daß dieser auf den Posten eines Vizekanzlers verzichte. Auch die Zentrumsfraktion, deren Sitzung von 11 bis nach 12 Uhr dauerte, beschäftigte sich, wie das Nachrichtenbüro des VZB. hört, ausschließlich mit dieser Frage. — Aus Zentrumskreisen verlautet, daß die Fraktion von ihrem Standpunkt nicht abgehen könne. Es heißt sogar, daß sie aus der Ernennung Dr. Wirths zum Vizekanzler eine Prestigefrage machen wolle. Das Zentrum wünscht nämlich, daß gerade die wichtigen außenpolitischen Fragen in dem neuen Kabinett nicht von Dr. Stresemann und dem Reich allein besprochen werden, sondern daß das Zentrum als zweitstärkste Fraktion durch einen Minister an der Vorbereitung außenpolitischer Schritte beteiligt werde. Das ist nur möglich, wenn ein Vizekanzler als ständiger Vertreter des Reichskanzlers geschaffen wird. An die Fraktionsführung des Zentrums schloß sich noch eine Sitzung des Fraktionsvorstandes. Erst um 4 1/2 Uhr begaben sich die Unterhändler des Zentrums, Dr. Stegerwald und Eßer, zu Hermann Müller, um ihm die Antwort ihrer Fraktion in der Vizekanzlerfrage zu überbringen.

W.B. New York, 27. Juni. (Tel.) In einer Betrachtung über die Regierungsbildung in Deutschland weist die New York Times darauf hin, daß die Nachrichten über die vorläufige Besetzung der Ministerposten die Bezeichnung eines Kabinetts der Persönlichkeiten rechtfertige. Die Kräfte der Zusammenarbeit — so schreibt das Blatt — haben sich offenbar als stärker erwiesen, als die Parteibekanntnisse. Das zwingende Argument für die Einheit ist wohl der Hinweis Dr. Stresemanns auf die Probleme der auswärtigen Politik, namentlich auf die Frage der endgültigen Regelung der Reparationen. „Gerald and Tribune“ bemerkt, die Wahlscheidung von 1928 sei vom gesunden Menschenverstand diktiert gewesen, der sich jetzt auch bei der Kabinettsbildung geltend mache, die offenbar durch das Verbleiben Dr. Stresemanns wesentlich erleichtert werde.

#### Vor einem Konflikt in der Deutschen Volkspartei

M. Berlin, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, hat Dr. Scholz den Vorsitz in der Fraktion der Deutschen Volkspartei niedergelegt und erklärt, daß er eine Wiederwahl nur dann annehmen würde, wenn Dr. Stresemann die bindende Verpflichtung eingehe, nicht über den Kopf der Fraktion hinweg seine eigene Politik zu betreiben. Daß Dr. Stresemann ein solches Ansuchen annehmen wird, ist kaum zu erwarten. Er ist gleichzeitig doch auch Chef der Gesamtpartei. Es erscheint wahrscheinlich, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei mit Mehrheit für Dr. Scholz eintreten wird. Damit würde es zu einem Konflikt zwischen Dr. Stresemann und einem Teil der Fraktion kommen. — Den Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

#### Zum Scheiden des Botschafters Lindsay

W.D. Berlin, 27. Juni. (Tel.) Aus Anlaß der bevorstehenden Abreise des bisherigen englischen Botschafters Lindsay sprechen verschiedene Blätter dem Botschafter ihre Anerkennung und ihre Dankbarkeit für die Tätigkeit, die er hier entfaltet, aus. — Die „Germania“ sagt: Während seines Aufenthalts in der deutschen Reichshauptstadt hat es Sir Lindsay verstanden, sich der Sympathien nicht nur der deutschen Politiker, sondern eines großen Kreises auch von persönlichen Freunden zu verschern, die den jedem mit Vertrauen und offener Herzlichkeit begegnenden englischen Botschafter nur ungern scheiden sehen.

Ein Fliegerdenkmal. In Rotibus wurde der Grundstein zu einem Denkmal für die Ozeanflieger Chamberlin und Levine gelegt.

### Internationale Wohlfahrtskongresse

Gegen Kongresse, und ganz besonders gegen internationale Kongresse, sind erhebliche sachliche Bedenken geltend gemacht worden. Abgesehen von der Sprachenfrage, durch die auf den internationalen Kongressen eine Verständigung oft außerordentlich erschwert wird, fehlt es vielfach auch an der sachlichen Kenntnis der Verhältnisse im Ausland. Auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege lassen sich ganz gewiß die Bedürfnisse in den einzelnen Ländern nicht mit den gleichen Mitteln und Maßnahmen befriedigen. Aber trotz der Verschiedenheit der Wege, die in den verschiedenen Ländern beschritten werden müssen, ist doch auch in mancherlei Hinsicht eine gleichartige Entwicklung festzustellen. Die soziale Not ist international, und wenn auch nicht in gleichartiger Weise, so machen sich doch die Nöte der Nachkriegszeit in fast allen Ländern mit großer Kraft und großer Dringlichkeit fühlbar. Die Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse, die Wohnungsnot, die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die Zunahme der Verbrechen, die Verwahrlosung der Jugend, das alles sind Erscheinungen, die sich keineswegs nur in Deutschland, sondern auch in den Siegerstaaten und mit kaum geringerer Stärke in den neutralen Ländern bemerkbar machen. Wenn auch das Ausmaß und die Erscheinungsformen verschieden sind, so kann doch jedes Land hinsichtlich der Bekämpfung dieser Übelstände von dem anderen lernen, wenn es die Mittel und Maßnahmen kennenlernt, die anderswo befriedigende Erfolge gezeitigt haben.

Die moderne Wohlfahrtspflege unterscheidet sich bekanntlich von der früheren hauptsächlich dadurch, daß sie Not und Elend nicht als Einzelercheinung zu bekämpfen und zu lindern versucht, sondern sie als Folge unserer gesamten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse betrachtet. Von diesem Gesichtspunkt aus besteht also die soziale Aufgabe der Gegenwart nicht mehr ausschließlich in einer individuellen Armenpflege, sondern auch in der Ausgestaltung vorbeugender und aufbauender Hilfe für die notleidenden Schichten der Bevölkerung. Diese soziale Wohlfahrtsarbeit erfordert aber mehr als lediglich Mitgefühl und Hilfsbereitschaft. Sie setzt außerdem noch sachliche Schulung der in ihr tätigen beruflichen Kräfte sowie straffe Zusammenfassung aller öffentlichen und privaten Wohlfahrtsorganisationen voraus. Die Schwierigkeit besteht heute vor allem darin, mit den vorhandenen knappen Mitteln einer sozialen Not von ungeheurem Ausmaß wirksam beizukommen. Auf diesem Gebiete können der Austausch der persönlichen Erfahrungen und der Vergleich der Zustände und Erfolge in den einzelnen Ländern, den internationale Kongresse immer noch am besten ermöglichen, außerordentlich großen Nutzen bringen.

Das Studium der Literatur, sei es eines wissenschaftlichen Buches oder eines Zeitschriftenaufsatzes, kann niemals den unmittelbaren Eindruck, den die Zusammenarbeit der Fachleute auf nationalen oder internationalen Kongressen ermöglicht, vollkommen ersetzen. Es bedeutet daher auch für die deutsche Wohlfahrtspflege und für die bekanntlich mit an der Spitze aller Länder marschierende deutsche Sozialpolitik eine wesentliche Förderung, daß nunmehr der internationale Austausch der Erfahrungen auf diesen Gebieten in großzügiger Weise organisiert werden soll. In der Zeit vom 1. bis 13. Juli d. J. wird nämlich in Paris eine „Internationale soziale Doppelwoche“ veranstaltet werden, deren Programm das Gesamtgebiet der Wohlfahrtspflege umfaßt. Die Veranstaltung beginnt mit einem internationalen Wohnungs- und Städtebaukongress, der vom 2. bis 8. Juli dauern soll, und auf dem die Fragen des Wohnungswezens (Wohnkosten, ländliches Wohnungswezen, Wohnungswezen der Armen) und des Städtebaues (Dichtigkeit der Bebauung, Schwierigkeit der Stadt- und Landesplanung) zur Beratung stehen. Vom 5. bis 7. Juli tagt dann gleichzeitig in Paris der internationale Kongress für öffentliche und private Fürsorge. Auch die auf ihm behandelten Probleme, wie der Ertrag der Unterstützung durch vorbeugende Fürsorge, die Fürsorge für nicht mittellose, aber bedürftige Personen, die Altersfürsorge usw., finden mit Recht in allen Ländern das größte Interesse und die größte Beachtung. Hieran schließt sich dann in der Zeit vom 8. bis 13. Juli der Internationale Kinderschutzkongress, auf dem in fünf Sektionen die verschiedenen Fragen des Kinderschutzes behandelt werden sollen. Die Doppel-

woche schließt mit der internationalen Konferenz für soziale Arbeit in der Zeit vom 9. bis 13. Juli. Ihr sehr reichhaltiges Programm umfaßt die allgemeine Organisation der sozialen Arbeit, die Ausbildung der sozialen Helfer, die Methoden individualisierender Fürsorge, die besonderen Arbeiterfragen und die Sozialhygiene.

Zum Rahmen dieser umfassenden, sozialen Veranstaltung finden zwei Ausstellungen statt, von denen besonders die in der Zeit vom 17. Juni bis 16. Juli im Ausstellungspark von Paris für jedermann geöffnete „Ausstellung für Wohnungswesen und sozialen Fortschritt“, das besondere Interesse nicht nur der Kongreßbesucher, sondern der internationalen Öffentlichkeit überhaupt auf sich ziehen dürfte.

### Der Hypothekenmarkt wird flüssiger

Im Zusammenhange mit dem Nachlassen der Hochspannung unserer innerdeutschen Wirtschaftsjunktur einerseits und mit der Zunahme der inländischen Kapitalbildung, auf die auch in dem Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert ausdrücklich hingewiesen wird, andererseits hat sich in den letzten Wochen am deutschen Hypothekenmarkt eine Erleichterung bemerkbar gemacht. Während bisher Hypotheken kaum zu erhalten waren, wird gegenwärtig sowohl für erstklassige wie für zweistellige Hypotheken Geld, wenn auch vorläufig noch zu recht hohen Zinssätzen bereitwilliger angeboten. Bei den Grundstücksbesitzern zeigt sich dagegen eine bemerkenswerte Zurückhaltung in der Aufnahme von neuen Hypotheken, weil nunmehr mit einem Rückgang der hohen Zinssätze allmählich gerechnet wird. Es ist begreiflich, daß bei 10 Prozent Zinsen für erstklassige Hypotheken, wie sie gegenwärtig meist gefordert werden, der Schuldner es sich mehrere Male überlegt, bevor er derartige Verpflichtungen, namentlich auf längere Fristen — meist 5 Jahre — eingeht. Es ist nicht leicht, derartige Zinssätze bei der Anlage des geliehenen Geldes wieder herauszuholen, und der Hausbesitzer muß schon sehr in Not sein, wenn er zu solchen Bedingungen Geld aufnimmt. Erst recht gilt das natürlich für zweistellige Hypotheken, für die ein noch erheblich höherer Zinssatz — oft bis zu 13 Prozent und mehr bei sehr niedriger Beleihungsgrenze — verlangt wird. Es ist anzunehmen, daß bei unnderänderter Konjunkturlage in nächster Zeit Gelder, die in der Wirtschaft frei werden, auf dem Hypothekenmarkt in größeren Mengen angeboten werden, und daß hierdurch ein immer stärkerer Druck auf die marktgängigen Hypothekenzinssätze ausgeübt wird. Auf der anderen Seite ist freilich zu berücksichtigen, daß die privaten und öffentlichen Kreditinstitute noch immer große Mengen von Pfandbriefen zu relativ niedrigen Kursen auf den Markt bringen und hierdurch ein stärkeres Absinken der Zinssätze verhindern.

**Sigmaringen bleibt selbständig.** Gegenüber Gerüchten, daß die preussische Regierung in Sigmaringen (Hohenzollern) baldigst aufgehoben werde, gab der Regierungspräsident die Erklärung ab, daß er nach persönlicher Fühlungnahme im preussischen Innenministerium eine Aufhebung der Regierung Sigmaringen selbst für den Fall, daß andere größere preussische Regierungsbezirke diesem Schicksal verfallen würden, solange für durchaus unwahrscheinlich halte, als die Hohenzollernschen Lande dem Freistaat Preußen angehören.

**Die Frage der Freilassung Vidins und Rossés.** Unter den Fragen, die im Kabinettsrat beraten wurden, befand sich auch die der Freilassung der estländischen Abgeordneten Dr. Vidin und Rossé. Der estländische Abgeordnete Walter, der wegen der Verabschiedung der Währungsfrage bekanntlich seinen Antrag auf Freilassung vorläufig zurückgezogen hatte, um ihn evtl. später wieder einzubringen, scheint diese Absicht wahr machen zu wollen; denn nach dem „Intranjigant“ soll der Kabinettsrat beschlossen haben, am kommenden Donnerstag gegenüber den Anträgen des Abg. Walter die Vertrauensfrage zu stellen.

**Urteil im Prozeß Bela Kun.** Im Prozeß gegen Bela Kun und Genossen wurde Bela Kun wegen Geheimbündelei in zwei Fällen, sowie wegen verbotener Rückkehr und Falschmeldung zu Arrest von drei Monaten, verschärft durch je einen Fasttag monatlich, sowie Abschiebung aus dem Gebiete der Republik verurteilt. Ilona Bräuer wurde wegen Mitschuld zur Geheimbündelei zu zwei Monaten Arrest und Abschiebung verurteilt, von der Anklage der Urkundenfälschung aber freigesprochen. Die Untersuchungshaft wurde beiden anrechnung, so daß die Strafe bei Ilona Bräuer als verbüßt gilt. Mahnerhofer wurde freigesprochen.

### Badisches Landestheater

#### Abschiedsabend von Josef Witt

Mit Josef Witt, der sich gestern abend in der zweiten Aufführung von Gals „Heiliger Ente“ verabschiedete, verläßt eines der eigenartigsten und sympathischsten Mitglieder des Opernpersonals unser Landestheater. Als Nachfolger von Robert Vuk hatte der junge Irtische Tenor zu Anfang der Spielzeit freilich einen schweren Stand, die Beurteilung seiner Leistungen war zunächst widerspruchsvoll, an seiner Gesangstechnik sowohl wie auch an seiner Darstellungsweise mutete mancherlei bedauernd an, vorläufige Leute hielten sogar mit dem Vorwurf nicht zurück, die Theaterleitung habe mit der Verpflichtung dieses aus Breslau gekommenen Sängers einen offenkundigen Mißgriff getan. Heute empfinden wohl alle Theaterbesucher, Publikum und Kritik eingeschlossen, das Anrecht einer solchen Bezeichnung und bedauern beide gemeinsam aufs lebhafteste den Weggang dieses Künstlers, der nur in einer kurzen Saison hier wirkte, dafür aber umso vielseitiger und reicher tätig war. Denn gäbe es unter den Männerstimmen ein Zwischenglied, so dürfte man Josef Witt eigentlich weder einen Irtischen noch einen Heldenstimmten nennen, sondern müßte ihn zu jenen seltenen Erscheinungen rechnen, die bald einen schmachenden Liebhaber, bald einen heroischen Vertreter zu spielen vermögen, die außerdem halb Antiquar, halb Buffo sind. Was Witt uns in den letzten Monaten vornehmlich bot, war sozusagen eine Generalprobe auf all diesen verschiedenen Gebieten: in Rollen von Irtischer Weichheit bewährte er sich ebenso wie in anspruchsvollen Heldenpartien, auch in der Spielerei und selbst in der klassischen Operette bewies er eine respektable Leistungsfähigkeit, und nicht zuletzt garantierte sein Künstlerum überall eine Auffassung, die unbedingt interessierte und mit der in jedem Einzelfall sich eine Auseinandersetzung lohnte.

Der Zufall wollte, daß er sich von seinen zahlreichen Freunden unter dem Eindruck einer Figur trennen konnte, die nochmals alle in seinem vielfabigen Repertoire oft geeigneten Vorzüge vereinte und, wie wir schon neulich betonten, dem Format seiner eigenwilligen Persönlichkeit besonders gut angepaßt war. Das Haus war vollbesetzt und bereitete dem jungen Künstler, der nach Dortmund weiterzieht, am Ende der Vorstellung herzliche Ovationen.

H. Sch.

### Das kommende Berufsausbildungsgezet

Dr. Curtius hat kürzlich auf dem 18. Deutschen Kaufmannsgehilfenkongreß des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes die große Bedeutung der parlamentarischen Erledigung des Berufsausbildungsgezetes hervorgehoben, das er zu Beginn seiner Ministerstätigkeit ausgearbeitet hat. Der Reichswirtschaftsminister gab der Erwartung Ausdruck, daß die Berufsausbildung baldigst durch Reichsgesetz geregelt werde, und daß die Väter, die in dem Gesetzentwurf noch vorhanden sind, durch die Mitarbeit der großen Berufsorganisationen bei den bevorstehenden Beratungen ausgeglichen werden. Man darf aus diesen Ausführungen schließen, daß der Reichswirtschaftsminister, der aller Voraussicht nach auch dem nächsten Reichskabinetts angehören dürfte, nunmehr mit Nachdruck bemüht sein wird, das Berufsausbildungsgezet so bald wie möglich zur gesetzgeberischen Erledigung zu bringen.

### Einladung Polens zur Teilnahme am Kellogg-Pakt

W.W. Warshaw, 27. Juni. (Tel.) Gestern nachmittag hat der amerikanische Gesandte Etison dem polnischen Minister des Äußern Jaleski eine Note überreicht, in der Polen eingeladen wird, dem Kellogg-Pakt beizutreten.

### Die Ozeanflieger über ihren Amerikaflug

Die Ozeanflieger Hauptmann Köhl, Freiherr v. Günefeld und Fitzmaurice veranlaßten in der Berliner Philharmonie einen öffentlichen Vortrag über ihren Flug nach Amerika, der den großen Saal der Philharmonie bis auf den letzten Platz gefüllt hatte. Das Vortragsgespräch war reich geschmückt mit Blumen. Hauptmann Köhl gab zu Beginn seines Vortrages seiner Freude darüber Ausdruck, daß es ihnen nach den vielen Festreden und Ansprachen endlich vergönnt sei, am Vortragspult die Fahrt zu schildern. Er hob besonders hervor, daß der Flug theoretisch und praktisch gründlich vorbereitet gewesen, daß er selbst Gelegenheit gehabt habe, umfassende Erfahrungen über den Nachtlflug zu sammeln. Hauptmann Köhl erklärte, daß er dem Studium der Wetterverhältnisse auf dem Ozean lange Bemühungen gewidmet habe.

Hierauf plauderte Freiherr v. Günefeld über das Organisations- und Menschliche, das bei dem Amerikafuge eine besondere Rolle gespielt habe, wobei er u. a. erwähnte, daß die Luft in der Kabine infolge der Ausdünstungen des Auspuffrohrs auf die Dauer untragbar geworden war, so daß er eine regelrechte Benzolnarose erlitt. Dann schilderte er die mannigfachen Schwierigkeiten, denen er bei der Organisation des Fluges begegnet war. Die Haltung des irischen Volkes, vom Präsidenten bis zum einfachen Arbeiter herab sei menschliches und freundschaftlich, die zur Unterstützung des Fluges beigetragen habe, lasse sich nicht in Worte kleiden. In den Vereinigten Staaten sei ihnen jeder vom Arbeiter bis zum Präsidenten hinauf mit warmer Herzlichkeit begegnet und sie seien dankbaren Herzens zurückgekommen. Man sei in Amerika willens, die noch von den Jahren 1914/18 herrührenden Feindschaften zu vergessen bzw. wieder gut zu machen. In Amerika liebe jeder sein Land mit heißer Seele und nur der Patriot könne auch den Patriot verstehen. Fitzmaurice gab dann noch in kurzen Worten seinem Dank an das deutsche Volk herzlichen Ausdruck.

Den Ausführungen der drei Flieger folgte stürmischer, nicht enden wollender Beifall.

**Nobile über den Absturz der „Italia“.** Aus den Darstellungen Nobiles über den Absturz der „Italia“ geht, wie von zutreffender Stelle mitgeteilt wird, hervor, daß zuerst die hintere Rotorengebelde, in der sich der Mechaniker Vincent Romalla befand, auf das Eis stürzte. Romalla starb kurze Zeit darauf und wurde von der Gruppe Nobile ehrenvoll beigesetzt. Das Luftschiff wurde nach dem Verlust der Gondel abgetrieben. Wenig später befand es sich bereits in einer Entfernung von fast 10 Kilometer, als man plötzlich eine große Rauchsäule aufsteigen sah, die nach Ansicht Nobiles auf den Brand der Benzin- oder Öltanks zurückzuführen ist.

**Gegen den Giftgaskrieg.** Die Reichstagsabg. Frau Dr. Lüders hat mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion nachstehenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu eruchen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die im Jahre 1925 von dem im Völkerverbund vertretenen Staaten angenommene und späterhin gezeichnete Erklärung gegen die Verwendung von Giftgasen von allen beteiligten Staaten unterzünftig ratifiziert wird.

**Anarchistenverhaftungen in Buenos Aires.** Die Polizei hat sich zu einem allgemeinen Vorgehen gegen die Anarchisten und Radikalen entschlossen, da es erwiesen ist, daß zwischen der Auffindung einer Bombe in der letzten Nacht im Gewerkschaftsbüro des Baderverbandes und der Bombenerplosion, die sich im vergangenen Monat im italienischen Konsulat ereignete, ein Zusammenhang besteht. 10 Personen sind verhaftet worden. Die meisten davon sind Spanier, die der Polizei als Anarchisten bekannt sind. In amtlichen Kreisen ist man der Ansicht, daß noch weitere Bombenanschläge für die nächste Zeit geplant sind.

**Währungsmaßnahmen der spanischen Regierung.** Die spanische Regierung wird ermächtigt, den Devisenmarkt zu kontrollieren, um den Kurs der spanischen Währung zu regeln. Ein unter dem Vorsitz des Finanzministeriums stehender Ausschuß wird künftig alle Wechseloperationen überwachen.

**Die Diözese Rottenburg feiert ihr 100jähriges Jubiläum.**

**Ägyptische Kabinettskrise.** Die schon bestehende politische Krise ist durch die Veröffentlichung von Dokumenten in der ägyptischen Presse verschärft worden, denen zufolge Premierminister Raschaf, der Präsident der Kammer und ein Vizeabgeordneter in einem Rechtsstreit gegen Bezahlung ihren politischen Einfluß in die Waagschale geworfen haben sollen. Es handelt sich um die Klage der Mutter des Prinzen Ahmed Seiffedin, der jahrelang in einer englischen Irrenanstalt, wahrscheinlich aus politischen Gründen, untergebracht war, auf Herausgabe des Besitzes des Prinzen. Die Mutter des Prinzen hat die Summe von 117 000 Pfund angeboten für den Fall, daß ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt sein sollten. Die Veröffentlichung dieser Dokumente hat die drei Männer schwer kompromittiert, und es wird angenommen, daß die Bezahlungssaffäre nur zu diesem Zweck eingeleitet worden ist. Gerüchte wollen wissen, daß der König die Abdankung Raschafs gefordert habe, daß dieser sich aber mit der Begründung geweigert habe, daß er die Angelegenheit zunächst mit seinen Kollegen besprechen müsse. Die parlamentarische Wadpartei trat zu einer Sitzung zusammen. Über die Aussprache ist nichts bekannt geworden. Wie der Reuter-Berichtskorrespondent in Kairo hört, hat der Minister für öffentliche Arbeiten, Ibrahim Rascha Fahmy, nunmehr sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Dadurch sind jetzt vier Posten im ägyptischen Kabinetts frei geworden.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

(Fortsetzung aus der gestrigen Sitzung)

Abg. von Au (Wirtschaftspartei) führt aus: Auch wir bringen dem Ministerium für Kultus und Unterricht großes Interesse entgegen angefangen seiner Bedeutung für Kultur und Wirtschaft. Gleichwohl haben wir geglaubt, die Hand zu Abstrichen geben zu müssen, weil die finanzielle Lage des Staates es erfordert. Der Auffassung, daß an der Spitze eines so wichtigen Ministeriums stets ein Staatsmann und eine Persönlichkeit von gesunder Lebensphilosophie stehen soll, stimmen wir zu. Es wird immer ein Nummernblatt für unser Land sein, daß es mit der Mannheimer Handelsschule vier Hochschulen sein eigen nennt. Aber dies bedeutet auch eine schwere finanzielle Belastung. Gelingt es nicht, die Ausgaben zu ernähren, so dürfen wir selbst vor dem Opfer nicht zurückweichen, einen Teil unserer Soheit aufzugeben. Wir hoffen auf eine glückliche Lösung im Berechnen mit dem Reich. Der Redner stellt fest, daß heute in Baden jedes neunte schulpflichtige Kind eine höhere Lehrausstellung besucht. Aber wie viele Kinder erleiden dort Schiffbruch und nehmen weit weniger ins Leben als es nach abgeschlossener Volksschulbildung der Fall gewesen wäre. Wir haben Verständnis dafür, wenn man unbemittelten, überragend begabten Schülern den Aufstieg in die höhere Schule und selbst zur Universtität ermöglicht. Der Redner verweist auf die Schwierigkeiten der Unterbringung in den Verufen und stellt aus diesem Grunde die Forderung an Staat und Gesetzgeber, daß sie allen Zweigen unserer Wirtschaft das gebührende Verständnis entgegenbringen. Ohne die Wirtschaft gebe es keine Kultur und keine Pflege des Geistigen. Das Primäre sei doch die Existenzfrage.

Reineswegs begrünenswert hält der Redner die Vielgestaltigkeit des höheren Schulwesens. Wichtig sei eine 17stufige durchgeführte Aufbauschule. In Gewerbe und Handel müsse man Dank dafür, daß die Fachschulen in den letzten Jahren eine tatkräftige Förderung erfahren haben. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Berufsschule lasse sich noch manches schaffen, aber es gilt hierbei, auch auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft hinsichtlich der Jahreszeiten Rücksicht zu nehmen. Unsere badische Volksschule könne sich sehen lassen. Der Weg zur Weiterentwicklung sei keineswegs verbaut. Mit der Öffnung der Lehrerbildungsanstalten in Heidelberg und Freiburg hätte man noch zuwarten sollen im Hinblick auf die große Zahl der noch unbefähigten Lehrer. Die Eröffnung sei auf Betreiben des Zentrums erfolgt. Der Redner setzt sich für die Erhaltung der Simultanschule ein. Er hebt die sozialen Leistungen der Stadt Mannheim für die Schule hervor und sieht in der Reorganisation der Schulkörper in den großen Städten im Sinne der Vereinfachung auch einen Teil der Verwaltungsreform.

Abg. von Au wünscht zum Schluß mehr Gerechtigkeit bei der Einstufung der Redoren. — Alsdann spricht der

Minister des Kultus und Unterrichts Leers. Er führt aus: Das Bewußtsein, dem Wohle des Volkes zu dienen, ist im Ministerium vom Minister bis zum untersten Beamten vorhanden und maßgebend für seine Arbeit. Die Stabesorganisation der Lehrer stellen sich zielbewußt in den Dienst der Sache. Das ganze Unterrichtswesen einschließlich der Hochschulen hat die richtige Einstellung zum heutigen Staate gefunden. Man darf nicht zu ängstlich sein. Wir wollen keine Politik in die Schule hineintragen, aber andererseits darf doch festgestellt werden, daß alle Schularten treu zur Republik stehen. Die Hochschulen sind Staatsanstalten geworden; allein es wäre falsch, alles in strenge Paragraphen fassen zu wollen. Die letzte Verantwortung liegt beim Minister. Er hat die Lehrfreiheit zu wahren, aber auch dafür zu sorgen, daß gewisse Grenzen nicht überschritten werden.

In diesem Zusammenhang berührt der Minister den Fall Gumpel. Er sei nach reiflicher Überlegung dazu gekommen, obwohl er sich klar darüber war, Ansetzungen zu erfahren, den Dozenten Dr. Gumpel einen neuen Lehrauftrag zu erteilen. Aber die Rechte des einzelnen könne man sich nicht rücksichtslos hinwegsetzen. Es war von verschiedenen Verurteilungen die Rede, die auch wir bebauern. Aber wir wollen uns nicht dagegen stemmen, daß hervorragende Gelehrte aus Baden geholt und auch nicht dagegen, daß jungen Kräften die Bahn zum Emporkommen geebnet wird. Die Lehrstühle der Geh.-Räte Dr. Finke u. Dr. von Belom in Freiburg sollen in einer der Tradition dieser bedeutenden Männer entsprechenden Weise wieder besetzt werden. Die Geüblichkeiten unserer Hochschulen sind fortgesetzt Gegenstand unserer Sorge. Die Fortsetzung der Klinikbauten in Freiburg ist eine vom Landtag anerkannte Notwendigkeit, und der schnelle Ausbau im Interesse der Wirtschaft gelegen. Es wird vielleicht der Weg der Anleihenaufnahme zu erwägen sein. Wenn Heidelberg ebenfalls mit Anforderungen an uns herantritt, so bitte ich, darin nicht eine Art Wettbewerb zu erblicken, sondern ein Zeichen des Verantwortungsgedankes der Männer, die an der Spitze der Institute stehen.

Heidelberg als Reichsuniverstität! Wenn das Wohl unserer Heidelberger Hochschule nichts anders mehr zu wahren wäre als dadurch, daß sie Reichsuniverstität würde, müßten wir wohl oder übel diesen Schritt gehen. Aber es ist Tatsache, daß es uns trotz der schwierigen Finanzlage gelungen ist, unsere badischen Universtitäten auf einer stattlichen Höhe zu erhalten. Wir sollten es uns deshalb sehr ernstlich überlegen, unter dem vielleicht schnell vorübergehenden Eindruck einer gewissen Not eines unserer höchsten Kulturgüter, eine der schönsten Perlen in der Krone aus dem Lande wegzunehmen. Der Minister hebt die Vorteile von Länderuniverstitäten hervor und erklärt, daß er dem Antrag des Ausschusses sympathisch gegenüberstehe. Er glaubt, daß man diesen Weg der Hilfe begehen kann. Das Reich stellt übrigens jetzt schon in dankenswerter Weise Mittel für die Hochschulen zur Verfügung. Nur möchte ich wünschen, daß die Bestimmung über die Verwendungsart den Ländern überlassen bleibt. Gerade der Umstand, daß wir viele Nichtbader an unseren Universtitäten haben, rechtfertigt einen finanziellen Ausgleich durch das Reich.

Der Minister stellt fest, daß zwischen Studentenschaft und Unterrichtsverwaltung die dringend erforderliche Harmonie und Ordnung im großen und ganzen aufrechterhalten werden konnte. Bei der großen Zahl junger Menschen, die hier in Betracht kommen, sind Ausnahmen nicht ausgeschlossen. Man kann aber nicht sagen, daß nicht sofort energig eingeschritten worden wäre, so auch in Heidelberg bei dem Theaterzwischenfall. Der Minister ist von dem hohen Wert sportlicher Betätigung für die Studierenden und die Schulkinder vollkommen überzeugt und bedauert, daß der Staat hierfür nicht mehr Mittel aufwenden kann. Der Sport- und Spielbetrieb darf allerdings nicht übertrieben und die eigentliche Aufgabe der Schule dadurch beeinträchtigt werden. Man hat über die Leistungen der höheren Schulen geflagt. Wir sehen darauf, daß Angelegene nicht mitgelassen werden.

Ist der Bedarf an Schulanlagen gedeckt, so werden wir auch hier mit der Aufnahme in den Staatsdienst Halt machen müssen. Für die philologischen Kenntnisse ergeben sich auch

aufserhalb des Staatsdienstes Verwendungsmöglichkeiten. Auf andere Schulfragen einzugehen, behält sich der Minister im Laufe der Debatte vor.

Mit Rücksicht auf die heute nachmittag stattfindende Besetzung des verstorbenen früheren 2. Vizepräsidenten des Landtags, Hermann Gebhard, in Eppingen, bei der das Präsidium und alle Fraktionen vertreten sein werden, wird die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Schluss der Sitzung gegen 1/2 11 Uhr.

K. Karlsruhe, 27. Juni

Zu Beginn der Sitzung verliest Schriftführer Amann eine Entschließung des Vereins Bad. Lehrerinnen zur Befolgsordnung. Präsident Dr. Baumgartner knüpft daran die Bemerkung, daß er es nicht für zweckmäßig halte, daß Beamtenorganisationen nach Inkrafttreten der Befolgsordnung in Entschiedenungen jetzt noch einmal eine Revision des Befolgsordnungs-Gesetzes zur Debatte stehe. Er wisse sich mit dem Gange einig in der Hoffnung, daß die verlesene Entschließung nicht zum Vorbild für andere Beamtenorganisationen genommen wird (Zustimmung).

Allgemeine Aussprache

Darauf wird die Unterrichtssetz über den fortgesetzt.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) eröffnet die zweite Rednergarnitur. Den Schul pessimismus des Abg. Hofheim könne er nicht teilen. Gerade auf dem Gebiete der Schulen sei Optimismus am Platze. Aus ihm heraus habe er, der Redner, laute Kritik geübt.

Dr. Schofer bekennt sich als Freund von Schulentlassungsfeiern; er sieht im Organisationsdienst eine erhabene Mission des Lehrers, zum Nutzen von Volk und Schule. Für die Zulassung zum Staatsexamen sollten verschärfte Prüfungsbedingungen aufgestellt werden. Im übrigen dürfe man niemanden verwehren, das Schulfach zu studieren. Zurückzuweisen sei die Behauptung des Abg. Bod, daß sich Religion und Kirche in den Dienst des Kapitalismus gestellt hätten. Sie seien im Gegenteil stets ein Damm gegen kapitalistische Auswüchse gewesen.

Dr. Schofer setzt sich dann mit dem Abg. Obkircher auseinander, der eine leidenschaftliche Anklage gehalten habe, die sich letzten Endes gegen das Zentrum richtet. Der Abg. Hofheim sei deshalb in seiner Abwehr vorichtig gewesen. Der Minister habe in der vornehmsten Art des Staatsmannes geantwortet. Der Abg. Obkircher befinde sich in seinem Kampf gegen die konfessionellen Lehrerbildungsanstalten in einem Irrtum. Selbst Jolly und die um ihn herum hätten die konfessionellen Lehrerbildungsanstalten in Meersburg und Ettlingen und das evangelische Lehrerseminar in Karlsruhe beibehalten lassen. Der Abg. Obkircher habe von Verfassungsverletzung gesprochen und mit dem Staatsgerichtshof gedroht in einer Sache, die höchstens an den Rechnungshof gehört. Demgegenüber sei zu sagen, daß die Verfassung des Deutschen Reichs gewahrt werden muß. Daß das Zentrum die Hand zum Frieden zu bieten bereit sei, habe er in diesem Hause schon wiederholt bemerkt. Dem Staatsmann obliege die Pflicht, die Gesetze loyal durchzuführen. Auch gegen den Erzbischof habe Abg. Obkircher Anklage erhoben. Die Verfassung gebe aber auch dem Erzbischof das Recht, zu seinen Glaubigen in freier Meinungsäußerung zu sprechen. Und er habe in seinem Hirtenbriefe von diesem Rechte Gebrauch gemacht, aber nicht nur er, sondern das ganze deutsche Episkopat. Von einer Zentrumsherrschaft in Baden sei keine Rede. Demokraten und Sozialdemokraten machten aus ihren Grundsätzen keinen Hehl. Es handle sich um nichts weiter als um eine demagogische Phrase, mit der man Geschäfte zu machen suche. Was die Stellenbesetzung anlangt, so sei allerdings die Zeit vorbei, wo man einen Zentrumsmann höchstens auf einen Nachwächterposten dulde.

Abg. Graf (Soz.) leitet seine Rede mit einer Polemik gegen den Abg. Obkircher ein und vertritt die Auffassung, daß aus den Lehrerbildungsanstalten eine Gefahr für die Simultanschule in Baden nicht abgeleitet werden könne. Die Verpflegungskosten in den Kliniken findet der Redner zu teuer. Die Anhäufung von Unterrichtsstoff in der Volksschule könnte zum Verhängnis werden. Eine abgeschlossene gute Volksschulbildung sei immerhin besser als eine halbe Bildung in den höheren Lehranstalten. Dieser Gedanke scheine sich nicht überall durchsetzen zu wollen. Den Kreis der Wirtschaft und allen, die kaufmännische Lehrstellen zu vergeben haben, sei deshalb gesagt, daß der Volksschüler gar nicht zu verachten ist und sich als brauchbar erweisen kann. Daß auf dem wichtigen Gebiete der Schul-Abstriche gemacht werden, sei lebhaft zu beklagen. Ein Schulgeld für die Fachschulen sollte nicht erhoben werden, da diese als Ersatz der Fortbildungsschulen zu gelten hätten, deren Besuch bekanntlich unentgeltlich sei.

Die Notwendigkeit des Religionsunterrichts in den Fachschulen kann der Redner nicht anerkennen. Er fordert dagegen den Ausbau des Berufsunterrichts. Die Fachschulen in Baden leisteten übrigens sehr viel und förderten in hervorragendem Maße die Heranziehung von Qualitätsarbeitern.

Zum Schlusse regt der Redner an, die jungen Mediziner möchten schon auf der Hochschule über die Grundlagen der Versicherungsgebarung unterrichtet werden.

Abg. Dr. Schmittner (Dnt.) führt aus: In die Auseinandersetzungen mit dem Abg. Obkircher wollen wir nicht eingreifen. Wir hätten überhaupt keine Veranlassung gesehen, auf grundsätzliche politische Dinge einzugehen, wenn nicht der Abg. Graf dazu übergegangen wäre, unsere Stellung zum künftigen Schulgesetz anzuzeigen und in Schatten zu stellen. Woher kommt es denn, daß wir in Deutschland zu keinem Schulgesetz kommen? Es rügt daher, daß Zentrum und Sozialdemokraten in der Reichsverfassung eine unerträgliche Grundlage für ein Schulgesetz geschaffen haben. Die Sozialdemokraten sind mit Schuld daran, daß die Entschließung des Landtags vom vorigen Jahre unberichtigt geblieben ist.

Die Hochschulfrage wird sich mit dem Gang der praktischen Entwicklung lösen. Sind die Hochschulen finanziell nicht mehr tragbar, so ist der Übergang an das Reich besser, als sie verkommen zu lassen. Die Gefahren des Abg. Dr. Schofer teile ich nicht. Mit der Erledigung des Falles Gumpel sind wir nicht einverstanden. Tatsache ist, daß die Erteilung des neuen Lehrauftrages gegen das einstimmige Votum der Universität erfolgte. Unser Einverständnis können wir mit der Berufungspraxis erklären. Wir begrüßen die Einführung des Religionsunterrichts in den Handels- und Fachschulen.

Abg. Scheel (Dem.) bedauert die Auslassungen Obkirchers und stellt die Frage, wie es wohl wäre, wenn der Zufall gewollt hätte, daß an Stelle des Herrn Leers ein anderer Mann von der Volkspartei auf der Ministerbank säße. Die Schwierigkeiten zur Durchführung des Kirchenvermögensgesetzes sind bereits angeordnet worden. Bei Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten handelte es sich um eine Zweckmäßigkeitsfrage, um die man streiten kann. Man dürfe aber nicht

mit Vorwürfen und mit Anklagebrod vor dem Staatsgerichtshof kommen. Auch die Opposition muß auf dem Boden der Verhältnisse bleiben. Der Vorwurf der Verfassungsverletzung ist schwerer und unbegründet. Wir Demokraten treten nach wie vor für die Erhaltung der Simultanschule ein. Bemerkenswert ist, daß auch der Abg. D. Mayer-Karlsruhe diesen Standpunkt einnimmt. Uns leiten dabei nationale Gründe und wir wehren uns dagegen, daß wir deswegen weniger Freunde der Religiosität seien. Der Redner anerkennt den hohen Wert der humanistischen Bildung, obgleich ihr in der Vergangenheit gewisse Mängel angehaftet hätten. Die deutsche Sprache sollte mehr gepflegt werden. Alles komme auf die Bildung des Charakters an. Die früheren Klagen hinsichtlich der Einstellung der Studentenschaft zum neuen Staat seien nicht mehr berechtigt. Speziell in Heidelberg sei das Verhältnis zwischen Studierenden und Dozenten bzw. Univeritätsbehörde recht befriedigend. Unter den Fall Gumpel sollte man endlich einen Strich machen. Der Redner hebt zum Schlusse hervor, daß der Staat schon früher viel für seine Hochschulen leistete und auch jetzt bemüht sei, das Äußerste zu tun. Wir hoffen, mit Erfolg.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) stellt fest, daß er in Wort und Schrift das Mögliche für die Erhaltung der badischen Simultanschule getan habe. Baden befinde sich aber in diametralen Gegensatz zum übrigen Deutschland, wo fast überall die konfessionelle Schule eingeführt sei. Die Gesamtschule der Reichsverfassung würde für Baden einen Rückschritt bedeuten. Im Religionsunterricht an den Fachschulen sieht der Redner ein ausgezeichnetes Mittel zur Charakterbildung.

Unterrichtsdirektor Leers geht auf die in der Debatte aufgeworfenen Einzelfragen ein. Er fühlt sich für die gesamte Unterrichtsverwaltung, also auch für die Hochschulen, verantwortlich. Ein Gegensatz zwischen ihm und den Hochschullehrern besteht nicht. Verurteilungen werden nicht nach politischen Gesichtspunkten getätigt. Die Wünsche des Abg. Graf in bezug auf Medizinstudierenden und Krankenkassen sollen geprüft werden. Ich freue mich über die freundliche Aufnahme, die den Weg der Aufbauschule gefunden hat.

Die höheren Lehranstalten sollten in ihrem Niveau nicht herabfallen. Die Schwierigkeiten liegen darin, daß von vielen Berufen heute weitgehende Anforderungen gestellt werden. Ich halte eine intellektuelle Auslese für erwünscht. Für die Fachschulen kann noch mehr geschehen. Sie brauchen darum keine Konkurrenz für die höheren Lehranstalten zu werden. Die Klage über zu viel Schulformen trifft für Baden nicht zu. Unsere Lehrerbildungsanstalten sind nicht konfessionell im Sinne des künftigen Entwurfs. Aufbau und Lehrplan entsprechen ganz dem Charakter der Simultanschule. Im Organisationsdienst und Musikleben steht noch nicht einmal 1/3 der Lehrerschaft. Gleichwohl soll zur musikalischen Fortbildung nichts unterlassen werden. Der Minister findet anerkennende Worte für das Streben der Lehrerschaft an der Lösung der Probleme der Schulen mitzuwirken. Soweit könne man nicht gehen, dem Lehrer die Freiheit der Methode zu lassen. Falsch wäre es, den Unterricht auf dem Lande weniger wichtig zu halten, als in der Stadt. In bezug auf die Beschränkung der Lehrerschaft müsse man sehr vorichtig sein, und sich nicht davon beeinflussen lassen, daß die Schülerzahl vorübergehend im Abnehmen begriffen ist. Die Beschwerden über die Freiburger Volksschule haben sich als unrichtig herausgestellt.

Abg. Obkircher (D. Vp.) erklärt, daß er zu seiner Rede stehe. Diese sei keine Kulturkampfrede gewesen, sondern eine zwar scharfe, aber sachliche Kritik an der Haltung des Unterrichtsministers. Seine Fraktion wie er selbst ständen auf dem Boden des Geheimsrats Rohrbach, und wiesen den Vorwurf der Kirchen- und Religionsfeindlichkeit erneut zurück.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Schofer (Zentr.) wird in die Einzelberatung eingetreten.

Beim Titel

— Hochschulen —

Abg. Scheel (Dem.), man möge in dem Mobus, die Studiengebühren für minderbemittelte Studenten nachzulassen, fortfahren. Dann gebühre den Männern und Frauen, die zur Gestaltung der Mensa beigetragen haben. Mit der Neuregelung ihrer Bezüge seien die Assistenten zufrieden.

Der Redner verbreitet sich über das Schicksal unserer Hochschulen und hält den vom Ausschuss vorgeschlagenen Weg für durchaus gangbar.

Abg. Dr. Waldb (D. Vp.) wünscht für die von der Stadt Mannheim errichtete Handelshochschule Gewährung des Promotionsrechts.

Abg. Egger (Zentr.) beklagt sich über eine Freiburger Klinik, die sie sich geweigert habe, einen Kranken, der einen Freiplatz innehatte, in eine Heil- und Pflegeanstalt überzuführen zu lassen.

Minister Leers gibt eine Aufklärung des Falles. In der Sorge um das Wohl des Kranken habe man nicht ganz genau die Linie eingehalten; das sei aber moralisch nicht zu verurteilen.

Abg. Dr. Schmittner (Dnt.) ist dafür, daß die Mannheim'sche Handelshochschule das Promotionsrecht erhält. Dem Danke an die Förderer der Mensa schließt sich der Redner an. Der für Stipendien an badische Studierende an außerbadischen Hochschulen vorgesehene Betrag sollte noch erhöht werden.

Eine große Reihe von Ausgabepositionen wird ohne Debatte nach den Ausschussbeschlüssen genehmigt; schließlich auch der ganze Titel.

Weiterberatung nachmittags 1/2 11 Uhr. — Schluss der Sitzung 1 Uhr.

Wie aus dem gestrigen Landtagsbericht hervorgeht, hat der Haushaltsausschuss für Förderung der Jugendpflege 43 000 Reichsmark bewilligt. Es handelt sich dabei um eine Anforderung im ordentlichen Etat, während außerordentliche Aufwendungen für den genannten Zweck im gegenwärtigen Budget nicht enthalten sind.

Kein Weinbaukongress in diesem Jahre

Der Vorstand des Deutschen Weinbauverbandes hat beschloffen, den diesjährigen Weinbaukongress, der vom 1. bis 4. September in Trier stattfinden sollte, im Hinblick auf die sehr schlechten Entauschungen ausfallen zu lassen. Wenn der Weinbaukongress auch an und für sich eine ernste Tagung wäre, so sind die Verhältnisse der Städte doch mit sich, daß er eine große Reihe von Ausgabepositionen wird ohne Debatte nach den Ausschussbeschlüssen genehmigt; schließlich auch der ganze Titel.

Das badische Zentrum beeinflusst die Rabinettbildung nicht

Der „Badische Beobachter“ schreibt heute, wenn in der Presse Andeutungen gemacht werden, von Baden aus werde gegen Dr. Wirth gearbeitet oder sei gearbeitet worden, so sei demgegenüber nur festzustellen, daß man im badischen Zentrum den prinzipiell eingenommenen Standpunkt nicht verlassen hat, außerhalb Badens die Stellungnahme zu Dr. Wirth den maßgebenden Instanzen zu überlassen. Es sei daher von Baden aus in der Frage, ob Dr. Wirth als Minister im Zentrum genehm sei oder nicht, keine Einflußnahme erfolgt.

Gründung einer Fachabteilung für das Hotel- und Gastwirtsgeerbe beim Südwestdeutschen Landesarbeitsamt

Vor einigen Tagen hat der Präsident des Landesarbeitsamtes für Südwestdeutschland die Vertreter des Hotel- und Gastwirtsgeberes aus Württemberg und Baden, sowie die Vertreter der Arbeitnehmerverbände zu einer Sitzung nach Stuttgart zusammengerufen, um darüber zu beraten, ob beim Südwestdeutschen Landesarbeitsamt eine Fachabteilung für das Hotel- und Gastwirtsgeerbe geschaffen werden, und wo diese Fachabteilung ihren Sitz haben soll. Die anwesenden Vertreter der verschiedenen Organisationen waren darüber einig, daß eine solche Fachabteilung eine dringende Notwendigkeit ist. Dieser Fachabteilung soll u. a. folgende Aufgabe zufallen: 1. den zwischenbezirklichen Ausgleich für Angestellte und Arbeiter des Hotel- und Gastwirtsgeberes im Landesarbeitsamtsbezirk durchzuführen und zu diesem Zwecke einen Arbeitsmarktanzeiger herauszugeben, 2. die gemeinsame Werbetätigkeit für die beteiligten Arbeitsämter des Landesarbeitsamtsbezirks zu besorgen, 3. den Austauschverkehr im Hotel- und Gastwirtsgeerbe mit dem Ausland zu leiten. Über den Sitz dieser Fachabteilung konnte eine Einigkeit nicht erzielt werden. Von Seiten des Landesarbeitsamtes war Baden-Baden vorgeschlagen. Diese Fachabteilung soll die Zentrale für den Personalaustausch, nicht nur für Württemberg und Baden, sondern für ganz Süddeutschland werden.

Verlegung des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk

Das Karlsruher Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk, das hier im Landesgewerbeamt untergebracht ist, soll nach Berlin verlegt und dem Institut für Handwerk und Wirtschaft in Berlin angegliedert werden. Das Karlsruher Institut stand unter der bewährten Leitung des Geschäftsführers des Badischen Handwerksamtes, Dr. rektor Bauer, der am 1. Oktober nach Berlin überfiedelt und des Leiters des Landesgewerbeamtes, Oberregierungsrat Bucorius, Karlsruhe, der hier verbleibt. Wie das „Karlsruher Tagblatt“ erzählt, übernimmt der Syndikus der Mannheimer Handwerkskammer, Rechtsanwalt Hermann, die Geschäftsführung des Badischen Handwerksamtes, die somit nach Mannheim kommt.

Herabsetzung der Paßgebühren

Nach einer Vereinbarung zwischen dem Reich und den Ländern sind mit Wirkung vom 1. Juli 1928 die Gebühren für die Ausstellung eines Passes auf 3 RM und eines Kinderausweises auf 0,50 RM festgesetzt worden. Für die Verlängerung oder für die sonstige Abänderung oder Ergänzung eines Passes werden 1 RM erhoben.

Im übrigen bleiben die Bestimmungen des § 1 der Paßgebührenverordnung vom 27. Juni 1924 und die sonstigen Bestimmungen dieser Paßgebührenverordnung bis auf weiteres unverändert.

Beisetzung von Hermann Gebhard

Hd. Eppingen, 26. Juni. Zu einer Trauerkundgebung für den Führer der Badischen Landwirtschaft, Hermann Gebhard, gelangte heute mittag 5 Uhr die Beisetzung. Aus nah und fern waren seine Freunde und Berufskollegen herbeigeeilt. Auch zahlreiche Abgeordnete des Landtags waren erschienen. Nachdem vor dem Trauerhause der Männergesangsverein „Eintracht“ und die Stadtkapelle dem Scheidenden die letzten Grüße mit auf den Weg gegeben, setzte sich ein überaus großer Trauerzug zum Friedhof in Bewegung. Dort angekommen sang zunächst der Männergesangsverein Eintracht. Nach einem Spiele der Stadtkapelle hielt Stadtpfarrer Buß die Grabrede. Die allgemeine Hochschätzung, die der allzufrüh Entschlafene genossen durfte, kam noch einmal zum Ausdruck in den vielen Nachrufen und Kranzniederlegungen. Es sprachen für den Landbund Eppingen Vorstand Keller, für den Badischen Landtag Präsident Dr. Baumgartner, für die Badische Landwirtschaftskammer Dr. Graf Douglas, Oberbürgermeister Mayer für den Landesverband der Deutschen Nationalen Volkspartei, Amtsgerichtsrat Dr. Sammann für die Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei, Präsident Mayer, Grafshausen, für den Badischen Landbund, Präsident Mayer von Rheinsheim für den Junglandbund, Direktor Jüller für den Reichslandbund, Präsident Seidel für den Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften und angeschlossenen Organisationen, für den badischen landwirtschaftlichen Bezirksverein Präsident Baack, für den Bezirkslandbund Sinsheim Franz von Frankenhof, für die Badischen Pflanzgärtner Landwirtschafsrat Buß, Mastatt, für den Bezirkslandbund Eppingen Bürgermeister Gebhard in Bervangen, Odonomierat Mayer-Illmann für die Kreiswinterfische Eppingen, Bürgermeister Sedler, Adelshofen für den landwirtschaftlichen Bezirksverein Eppingen, ferner Vertreter des Landbezirks Eppingen des Jugendbundes Hilsbach und Vertreter der Beamten und Angestellten der Badischen Landwirtschaftskammer.

Tagung des badischen Mietervereins

In der öffentlichen Vertreterversammlung des Landesverbandes badischer Mietervereine in Freiburg, hielt Oberlandesgerichtsrat Hovenstein, Rehl, ein längeres Referat über das Thema „Ausbau nicht Abbau des Mieterschutzes“. Der Präsident des Bundes Deutscher Mieterorganisationen Hermann, Dresden, berichtete über die Arbeit des Bundes in der Mieterbewegung. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Stamm, Mannheim, nahm Stellung zu der kürzlichen Tagung der Hausbesitzer in Wuhl. In den Entschiedenungen eines Boden- und eines Wohnwirtschaftsgesetzes von der Reichsregierung verlangt. Es wird energig gegen jeden weiteren Abbau der Mieterchutzgesetzgebung protestiert, weiter gegen den Abbau der Mietzinssteuer und gegen die Verschleppung des vom Reichstag mit großer Mehrheit geforderten Bodenreformgesetzes. Die Gebäudesondersteuer müsse in vollem Umfang für den Wohnungsbau verwendet werden, der Wucher mit Grund und Boden verhindert und die Anpassung an die Altbaukosten erstrebt werden. Ferner wird nicht nur die Beibehaltung der Mieteinigungsämter, sondern ihr weiterer Ausbau zu sogenannten Mietgerichten, ähnlich den Arbeitsgerichten, verlangt.

### Die Ausstellung des Vereins badischer Pflanzzüchter

Der Verein badischer Pflanzzüchter hat auch in diesem Jahre wieder auf der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Leipzig die Produkte der badischen Pflanzzüchtung in einer Sammelausstellung zur Schau gebracht. In der großen Erzeugnis Halle war der Stand des Vereins in das Ausstellungsareal der Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzzüchtung eingereiht, in deren Rahmen die meisten deutschen Pflanzzüchter, die eine Vertretung entfalteten, ihre Produkte in teilweise sehr schöner Aufmachung ausgestellt hatten. Der Stand des Vereins badischer Pflanzzüchter zeigte in übersichtlicher Anordnung sämtliche bedeutenden badischen Züchtungen, die zur Zeit im Handel sind. Die zahlreichen Besucher, die gerne an diesem Stande verweilten, bewunderten vor allem die gute Qualität unserer Getreidesorten und die Mannigfaltigkeit verschiedener Züchtungen, die eben durch die stark wechselnden klimatischen und Bodenverhältnisse unseres Landes bedingt ist. Am meisten Bewunderung erregten die beiden Maiszüchtungen der Saatgutanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer Naftatt. Viele Besucher sprachen sich besonders über diese beiden Züchtungen, die bereits in allen meistbesuchten Gebieten Deutschlands gut bekannt sind und gerne angebaut werden, sehr anerkennend aus. Es war ein überraschend großes Interesse gerade für diese noch ziemlich neue, in raschem Aufschwung sich befindende Kultur festzustellen.

Die Ausstellung des Vereins badischer Pflanzzüchter in Leipzig war für die Einführung und das Bekanntwerden unserer badischen Züchtungen auch über die Grenzen des Landes hinaus von großer Wichtigkeit und bedeutet für die gesamte badische Pflanzzüchtung eine gute Propaganda.

### Tagung der bad. Landesökonomieräte

Vergangene Woche waren die bad. Landesökonomieräte zu mehrtägigen Verhandlungen in Karlsruhe versammelt. Am Montag und Dienstag fand ein von der bad. Landwirtschaftskammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. h. c. Graf Douglas veranstalteter Kursus für Versuchswesenleiter u. a. statt, der an den Vormittagen jeweils Vorträge bekannter Autoritäten auf dem Gebiete des Versuchswesens brachte, die an den Nachmittagen ergänzt wurden durch Besichtigungen der Lehr- und Versuchsgüter der Landwirtschaftskammer in Forchheim und Aflatt, des Reichsstaatsforstwissenschaftlichen Instituts in Forchheim, sowie der ausgedehnten Weberschen Gemüselanlagen bei Muggensturm. Am Mittwoch folgten im Ministerium des Innern, unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Cronberger, verschiedene Vorträge von Direktor Dr. Müller und Regierungsbotaniker Dr. Kotte von der Hauptstelle für Pflanzenschutz (Weinbauinstitut Freiburg) über Neblausfragen und die Sporenpilzkrankheiten, ferner eine Aussprache über die Neuorganisation des Pflanzenschutzdienstes in Baden. Anschließend beriet Prof. Dr. Wack, Vorstand der staatlichen landw. Versuchsanstalt Augustenberg, über das neue Futtermittelgesetz und seine Bedeutung für die landw. Praxis. Der Nachmittag begann mit einem Vortrag von Landesökonomierat Ries, Mühlheim, über das neue Gebiet der Landarbeit, dem sich Beratungen über die Neuauflage des landw. Lehrbuches angeschlossen. In der darauf folgenden Besprechung des Vereins bad. Landesökonomieräte kamen zeitgemäße Fragen der Schul- und Beratertätigkeit zur Sprache. Mit wichtigen Verhandlungen war der Donnerstagsvormittag im Ministerium des Innern in Gegenwart der Vertreter der Regierung, Ministerialrat Keller und Oberregierungsrat Cronberger, ausgefüllt. Der reichhaltige Tagung ging am Sonntag eine Sitzung des Landesverbandes der Vereine ehemaliger Landwirtschaftsschüler Badens voraus. Nach Dankesworten an die beteiligten Stellen wurde die Tagung Donnerstagnachmittag geschlossen.

### Verbandsstag der Gemeindebeamten

Zu dem in Konstanz abgehaltenen Verbandsstag der Gemeindebeamten und -angestellten waren ungefähr 400 Vertreter erschienen. Die Hauptversammlung wurde von Verwaltungsoberinspektor Böhringer, Karlsruhe, eröffnet, der u. a. auch Vertreter des Staatspräsidenten, des Badischen Städtebundes und Städtebundes, des Verbandes badischer Gemeinden, weiter den Präsidenten des Sparbundes und Giroverbandes und andere mehr begrüßte. Auch aus Bayern, Württemberg und Österreich waren Delegierte erschienen.

Der Geschäftsbericht hob hervor, daß das letzte Jahr durch die Vorkriegsperiode eine besondere Note erhalten hat. Auf dem Gebiete der Aus- und Fortbildung der Beamten wurde in den bisherigen Jahren weitergeschritten. Gegenwärtig vertritt

der Verband 12 000 Mitglieder, davon sind zirka 57 Prozent in 106 Ortsgruppen organisiert. Nach dem bald zu eröffnenden Wehereintritt der Ortsgruppe Karlsruhe würde der Verband neunzehntel der badischen Gemeindebeamten vertreten.

Über die Befoldungsfrage, insbesondere auf dem Lande, referierte Verbandsdirektor Weiler, Karlsruhe, der besonders hervorhob, daß auf dem Lande die Befoldungsordnung in vielen Fällen noch nicht durchgeführt wurde, während dies in den Städten in der Mehrzahl der Fälle ist. Eine einstimmige Resolution betonte u. a., daß der Verbandsstag ermächtigt wird, die durch die Befoldungsordnung gebotene Erhöhung der Bezüge der Förster und der Polizei im Laufe des Jahres durchzuführen. Ferner wünschte der Verbandsstag eine Regelung der Bezüge des Feldpolizeipersonals. Bei den Wahlen wurde als erster Vorsitzender gewählt Stadtoberbaurat Römer, Mannheim, als Stellvertreter Verwaltungsoberinspektor Böhringer, Karlsruhe, und Begle, Karlsruhe.

### Landestagung der badischen Naturfreunde

Kürzlich fand in Baden-Baden die sehr stark besuchte Landestagung der badischen Naturfreunde statt, an der neben den Delegierten der einzelnen Ortsgruppen auch zahlreiche Gäste teilnahmen. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurden die Wünsche des badischen Staatspräsidenten Dr. Remmele entgegengenommen, der versicherte, daß die badische Regierung den eblen Bestrebungen des Vereins die größte Aufmerksamkeit schenkt und soweit es die Mittel erlauben, auch fördert. Die Mitgliederzahl hat sich im Jahre 1927 wieder leicht erhöht. Die Ausstellung „Unsere Heimat“, die ursprünglich von sämtlichen badischen Wandervereinen veranstaltet werden sollte, hat der Verein — nachdem der Plan nicht zustande kam — allein mit gutem Erfolg durchgeführt. In dankenswerter Weise hat die badische Regierung hierzu 800 Reichsmark und die Stadtgemeinde Karlsruhe, 300 Reichsmark beigetragen. Immerhin blieb für den Verein ein Defizit von rund 700 Reichsmark. Die badischen Naturfreundehäuser, die sämtliche dem Jugendbergesverband zur Verfügung gestellt sind, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Dieses Jahr sind das Kohlerstahaus bei Leinach, das Hornberger Heim bei Althornberg und das Gauheim am Bodensee neu dem Verber übergeben worden. In der Gaudachschucht wird die alte unter Denkmalschutz stehende Burgruine, bekannt als Lieblingsaufenthalt Schaffels, auf Veranlassung des Landrats von Donaueschingen durch die Bewegung gerettet und als Wanderheim ausgebaut. An der Tromm im Oberrhein erstellt die Ortsgruppe Weinheim mit Hilfe der Stadt Weinheim, der Ortsgruppe Mannheim und des Gauheim, ein Wander- und Ferienheim, das am 8. Juli dem Verber übergeben werden soll. Die Bildungs- und Jugendarbeit wurde intensiv betrieben. Auch dem Wintersport, den Photovorträgen usw. schenkte man erhöhte Beachtung. Eine Resolution fordert die badische Regierung, dann aber auch die badische Bevölkerung auf, gegen die geplante Autobahnstrecke in südlicher Schwarzwalddirection Front zu machen. Das was zunächst notwendig sei, sei der Schutz der Wanderer vor den Belästigungen der Autoplane. Weiter wird die Sicherung des Jugendurlaubes gefordert, insbesondere genügende Freizeit für Behelinge. Den Forderungen des badischen Jugendbergesverbandes um Zulassung von mehrtägigen Schülerwanderungen tritt der Verein mit Nachdruck bei. Bei Beratung der eingegangenen Anträge wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, ein Gauheim im Neckartal zu schaffen. Zur Hauptversammlung des Gesamtvereins nach Zürich, entsendet der badische Gau 3 Delegierte.

### Gemeinde-Rundschau

Bürgermeisterwahl in Konstanz. Wahlberechtigt waren 101 Stadtverordnete und Stadträte. Der bisherige Oberbürgermeister Dr. Moride erhielt 76 und der bisherige zweite Bürgermeister Arnold 63 Stimmen. Beide sind somit wiedergewählt. Für die Wiederwahl der beiden bisherigen Bürgermeister stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Demokraten geschlossen. Die Kommunisten hatten zwei eigene Kandidaten aufgestellt, die je elf Stimmen erhielten. Die übrigen Parteien stimmten teilweise für Dr. Moride, während sie eine Wiederwahl von Bürgermeister Arnold ablehnten.

Der Streit der Sulzburger Gemeinderäte. Zwei Sulzburger Gemeinderäte hatten dem Bürgermeister und den anderen Gemeinderäten durch Flugblätter und Zeitungsausschnitte Mißwirtschaft vorgeworfen. Der Bezirksrat Stauten beschloß sich mit dieser Angelegenheit und hat die Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigungen festgestellt. Der eine der beiden Gemeinderäte wurde damit bestraft, daß ihm die Befähigung zur Bekleidung des Ehrenamtes eines Gemeinderates abgesprochen wurde, während der andere einen Verweis erhielt.

### Aus der Landeshauptstadt

Das Stigheimer Teilspiel. Die Teilsaufführung auf der Naturbühne Stigheim am letzten Sonntag erfreute sich bei prächtigem Spielwetter eines guten Besuchs. Die unvergleichliche Schönheit des grandiosen Alpenpanoramas mit seinen Schroffen und Gletschern kam bei der guten Sonnenbeleuchtung ganz besonders vorteilhaft zur Geltung. Dasselbe kann auch von den farbenprächtigen Wasseraufzügen gesagt werden. Das eindrucksvolle Spiel verlief vorzüglich und erzielte den reichverdienten Beifall. Auf nächsten Freitag, den 29. Juni (Peter und Paul), ist ebenfalls ein Spieltag festgesetzt, ebenso findet am ersten Samstag im Juli, August und September eine Spielaufführung statt. Schulen und Personen, die an Sonntagen am Spielbesuch verhindert sind, werden auf diese besonderen Spieltage ausdrücklich aufmerksam gemacht. Für den 29. Juni können noch Schulen angenommen werden.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. In unserem Gebiet ist die gewitterfördernde Überwärmung durch lebhaftes Luftzufuhr und die damit verbundene gleichmäßige Durchmischung der Luftschichten verdrängt worden, so daß Gewitterbildungen nur in geringem Umfange eingetreten sind. Der Sturmwindel ist inzwischen mit 50 Kilometer Stundengeschwindigkeit über die Nordsee bis zum Stageral gezogen. Von dessen Rückseite dringt heute bis zu 8 Grad Skallit ein. Der von Westen nachrückende hohe Druck wird baldige Aufheiterung und damit auch wieder Erwärmung herbeiführen. Wetterausichten für Donnerstag: Abflauende Winde, aufheiternd, wieder wärmer.

### Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Bruchsal, 27. Juni. In der Ausschussung der hiesigen Ortskrankenkasse wurde beschlossen, ein kurzfristiges Darlehen von 50 000 RM aufzunehmen, um die Verwaltung in den Stand zu setzen, ihren dringlichsten Verpflichtungen nachzukommen. Wegen die für die Versicherenden harten Maßnahmen des hiesigen Versicherungsamtes wurde Beschwerde beim Oberversicherungsamt eingelegt.

D3. Freiburg i. Br., 24. Juni. Im Freiburger Winterstadion wurden heute die Badischen Leichtathletikmeisterschaften der Polizei ausgetragen. Von den 17 Kontrurrenten konnten die Karlsruhe 10 an sich bringen, es folgte Heidelberg mit drei Meisterschaften, Waldsüt mit zwei und Freiburg mit nur einer. Der erfolgreichste Kämpfer war Mar, Karlsruhe.

Hd. Weersburg, 27. Juni. Am Sonntag lief zum ersten Mal die neue Bodenseeferre, das erste Fahrgeschäft auf dem Bodensee zwischen Weersburg und Konstanz. Die Länge dieses auf den Namen „Konstanz“ getauften Schiffes beträgt 32 Meter, die Breite 9 Meter, die stündliche Fahrgeschwindigkeit 16 bis 17 Kilometer. Die Fährer ist als Autofähre zur wesentlichen Abklärung des weiten Landweges Friedrichshafen-Konstanz gedacht und dürfte sich als sehr rentabel erweisen.

Hd. Überlingen, 26. Juni. Im hiesigen Amtsgericht ist in der Nacht auf Montag ein Einbruchdiebstahl verübt worden. Der Täter hat anscheinend mittels falscher Schlüssel die Tür geöffnet und alsdann versucht, in das Kassenzimmer einzudringen. Durch das hierdurch verursachte Geräusch ist der im Amtsgebäude wohnende Richter aufmerksam gemacht worden und hat sich aus seiner Wohnung in das Erdgeschoss begeben, in dem die zum Amtsgericht gehörende Räume liegen. Der Täter hat dann die Flucht ergriffen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	27. Juni		26. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.34	168.68	168.29	168.63
openhagen 100 Kr.	112.90	112.17	111.97	112.19
Staten . . . 100 R.	21.985	22.025	21.975	22.015
London . . . 1 P.	20.382	20.422	20.386	20.426
New York . . . 1 D.	4.1895	4.1875	4.1785	4.1845
Paris . . . 100 Fr.	16.435	16.475	16.425	16.435
Schweiz . . . 100 Fr.	80.61	80.77	80.535	80.745
Wien 100 Schilling	58.86	58.98	58.863	58.985
Brag . . . 100 Kr.	12.38	12.40	12.380	12.408

### Deutsche Feuerbestattungskasse „Flamme“ Berlin

Generalvertretung in Karlsruhe: Major a. D. Karl Glömann, Karlstraße 88

**Kostenlose Feuerbestattung**

ohne Wartezeit gegen Zahlung mäßiger Monatsbeiträge — Bargeldversicherung bis 2000 RM.

Politisch und religiös neutral

Rechtsanspruch — Kein Kirchnaustritt!

Drucksachen kostenlos

Vertreter zu günstigen Bedingungen gesucht

Zahlstelle für Karlsruhe und Umgebung zu vergeben

Meldungen an die Generalvertretung in Karlsruhe, Karlstraße 88, erbeten 713

### 8%ige Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahr 1926.

Die nach dem Tilgungsplan auf 1. Oktober 1928 zur Heimzahlung fälligen Stücke der 8%igen Goldanleihe der Stadt Mannheim vom Jahre 1926 sind im Betrag von 236 500 RM durch die Stadt freihändig erworben worden. Eine Verlosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt. 714

Mannheim, den 21. Juni 1928.

Der Oberbürgermeister.

### Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der

**Karlsruher Zeitung**  
**Badischer Staatsanzeiger**

**Ludwig Schwoisgut**  
Karlsruhe i. B.  
Erfrischungsstraße 4  
beim Rondellplatz

**Flügel**  
Pianos 724  
Harmoniums

Nur beste Fabrikate  
Sehr mäßige Preise  
Umtausch alter Klaviere

erklärt: 4% Bad. Eisenbahnanleihe von 1901 mit folgenden Nummern: 3 Stück à 3000 R. lit. A Nr. 5650/52, 1 Stück à 2000 R. lit. B Nr. 15804, 6 Stück à 1000 R. lit. C Nr. 17328, 17515, 19396, 20246, 20783, 21829, 3 Stück à 500 R. lit. D Nr. 26326, 20412, 25507, 5 Stück à 300 R. lit. E Nr. 35676/77, 38614, 39730, 39883. Karlsruhe, den 21. Juni 1928. Badisches Amtsgericht B II.

Nr. 327. Bruchsal. Nach Abhaltung des Schlichterminns und Bornahme der Schlichterurteil wird das Konkursverfahren über das Vermögen des Händlers Karl Krügel in Bruchsal aufgehoben. Bruchsal, 22. Juni 1928. Amtsgericht II.

Bruchsal. Nr. 335. Güterrechtsregistereintrag Band III S. 183: Pfann, Hermann Otto, Maurer in Bruchsal, und Thella Emilie Karoline geb. Dätich in Bruchsal. Durch Vertrag vom 27. April 1928 ist die Ertrungenschaftsgemeinschaft nach dem § 1519 ff. des BGB. vereinbart. Als Vorbehaltsgut der Frau ist erklärt das in § 2 des Vertrags beschriebene Vermögen und alles, was sic gemäß § 1367, 1369 und 1370 BGB. erwirbt. Bruchsal, 20. Juni 1928. Amtsgericht I.

Karlsruhe. Nr. 329. Güterrechtsregistereinträge: 1. Zu Band I Seite 101: Lang, Georg, Fabrikant, Karlsruhe, und Emilie geb. Volz. Vertrag vom 14. Juni

1928. Ertrungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 19. Juni 28. 2. Seite 103: Kaiser, Wilhelm, Schriftföher, Karlsruhe, und Marie geb. Zahme. Vertrag vom 8. Juni 1928. Ertrungenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 19. Juni 28. 3. Seite 104: Baum, Ernst Friedrich, Kaufmann, Karlsruhe, und Josefina geb. Joff. Vertrag vom 16. Juni 1928. Gütertrennung. 23. Juni 28. Amtsgericht Karlsruhe.

Philippstburg. Nr. 322. Güterrechtsregistereintrag zu Band I Seite 199: Anton Ufer, Fabrikarbeiter, und dessen Ehefrau Elsbeth geb. Kiehl, beide in Philippstburg. Durch Vertrag vom 13. Juni 1928 wurde die vollständige Gütertrennung unter Ausschluß jeglicher Rückziehung und Verwahrung des Mannes am Vermögen der Frau gemäß § 1426 ff. BGB. vereinbart. Philippstburg, 21. Juni 1928. Amtsgericht.

Bruchsal. Nr. 334. Vereinsregistereintrag Band II O. 3. 5: Vereinsverein Wingoheim in Wingoheim. Bruchsal, 21. Juni 1928. Amtsgericht I.



### Badisches Landestheater

Donnerstag, 28. Juni 1928  
Volksbühne 11

**Jührmann Henschel**  
von Hauptmann

In Szene gesetzt von Ulrich von der Trenck

Henschel	Schulze
Frau Henschel	Flegler
Hanne	Ermarth
Bertha	Zhiemer
Walther	Brand
Siebenhaar	Brüter
Karlchen	Dennig
Bermelskirch	Höder
Frau Bermelskirch	Fraundorfer
Franziska	Quaifer
Hauße	Gemmcke
Franz	Geaf
George	Klobie
Fabig	Müller
Hildebrandt	Wöhner
Grumert	Schneider
Feuerwehrmänner	Hiltholt
Anfang 19/1.	Ende 22
I. Rang- und I. Sprechst.	5 RM

Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben

Fr. 29. Juni: Zum erstenmal **Schinderhannes**

So. 30. Juni: **Margareth**